

Erklärung des norwegischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten: Russland vorläufig aus dem Rat der Ostseestaaten ausgeschlossen

Die Mitglieder des Rats der Ostseestaaten (Ostseerat) – Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Schweden und die Europäische Union – haben beschlossen, als Reaktion auf den grundlosen und unrechtmäßigen Krieg, den Russland derzeit gegen die Ukraine, das ukrainische Volk und die Regierungsstellen des Landes führt, die weitere Beteiligung Russlands an den Aktivitäten des Rats auszusetzen.

Der russische militärische Angriff auf ein freies und unabhängiges Land ist auch ein Anschlag auf die Demokratie und unsere Werte. Russlands Handlungen verstoßen gegen die wesentlichen Grundsätze der Zusammenarbeit innerhalb des Rats, welche auf der Achtung der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und anderer im Gründungsdokument des Rats von 1992 genannter OSZE-Grundlagendokumente beruhen. Der Beobachterstatus von Belarus im Ostseerat wird aufgrund seiner Rolle bei diesem Angriff vorläufig suspendiert.

„Es ist zutiefst bedauerlich, dass Russland eine Situation geschaffen hat, in der wir, die anderen 11 Mitglieder, uns nicht länger dazu in der Lage sehen, die Zusammenarbeit mit Russland im Rahmen des Ostseerats fortzuführen. Russland ist einer der Mitbegründer des Rates und hat bisher eine aktive Rolle gespielt“, sagte die norwegische Außenministerin Anniken Huitfeldt, die derzeit die Zusammenarbeit des Ostseerats leitet. Norwegen hat seit Juli 2021 den Vorsitz des Rates inne.

Der vorläufige Ausschluss Russlands wird so lange in Kraft bleiben, bis eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit auf Grundlage einer Achtung elementarer Grundsätze des Völkerrechts möglich ist. Die Ukraine und Belarus gehören beide zu den Ländern, die einen Beobachterstatus im Rat innehaben. Belarus wird nun von der Teilnahme an den Aktivitäten des Ostseerats zeitweilig ausgeschlossen.

Seit 2014 wurde das jährliche Treffen des Rates auf Außenministerebene als Folge von Russlands Aggression und unrechtmäßiger Übernahme ukrainischen Hoheitsgebiets sowie seiner militärischen Unterstützung von Rebellen im Osten der Ukraine nicht mehr abgehalten. Die Außenministerinnen und -minister haben jedoch seit 2017 Treffen durchgeführt, um ein gewisses Maß an politischem Dialog und praktischer Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten. Dieses Jahr begehen wir den 30. Jahrestag des Ostseerats, doch angesichts der derzeitigen Lage ist es wenig sinnstiftend, die Feierlichkeiten wie geplant stattfinden zu lassen.